

# Welt Trends

Institut für Internationale Politik

ARNE C. SEIFERT

## Der Afghanistankrieg des Westens und sein System Antiterrorstrategie



**Welt  Trends**  
Potsdamer Wissenschaftsverlag  
[verlag@welttrends.de](mailto:verlag@welttrends.de)  
[shop.welttrends.de](http://shop.welttrends.de)  
[www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)

Arne C. Seifert

## **Der Afghanistankrieg des Westens und sein System Antiterrorstrategie**

*Das System Antiterrorstrategie sieht kein Ende vor, folglich keinen Frieden.*

Die Niederlage von USA und NATO, so man will: „des Westens“, in Afghanistan löst längst überfällige Diskussionen aus. Bisher zumeist verkürzt auf das Anprangern institutionellen oder personellen Versagens. Die Unterlegenen lassen sich selbst von ihrem fatalen Scheitern nicht zu selbstkritischer Analyse motivieren. Und zwar zu fundamentalem, Kausalitäten aufhellendem und friedenspolitisch dienlichem „Zerlegen“ eines Krieges, welchen ISAF zu Spitzenzeiten mit über 100.000 Mann aus 50 Nationen führte.<sup>1</sup>

Ihre Gegner und Kriegsziel waren islamistischer „gewalttätiger Extremismus“, der „die Region destabilisiert und die gesamte internationale Gemeinschaft bedroht“, weshalb diesen die NATO-Staats- und Regierungschefs 2009 zur „obersten Priorität des Bündnisses“ erklärten. „Wir sind unverändert entschlossen, langfristig ein demokratisches Afghanistan zu unterstützen, das nicht erneut zu einem Stützpunkt für Terroranschläge oder einem Zufluchtsort wird.“<sup>2</sup> Der damalige Bundesminister der Verteidigung, Franz Josef Jung, erklärte 2008 einen „konkreten 'zivilmilitärischen' Gesamtansatz in Gestalt eines politischen Reformplans für Afghanistan als unabdingbar“.<sup>3</sup> Dem folgte ein vor Ort abzuarbeitendes umfassendes *innenpolitisches* Arbeitsprogramm. Die CDU erhob bereits 2002 den 11. September 2001 zum Beleg dafür, „dass an die Stelle des Ost-West-Konflikts eine Auseinandersetzung um die zivilisatorischen Werte getreten ist, auf die sich eine globale Ordnung stützen muss.“<sup>4</sup>

Im März 2002 betraten US-Bodentruppen afghanischen Boden. Am 15. August 2021 nahm der Gegner Taliban Afghanistans Hauptstadt kampflos ein. Im Nahen Osten sieht sich islamistische, zumeist antiamerikanische Feindschaft ermutigt. Was der Westen bei seinem Afghanistan-Debakel übersieht und in seinen Langzeitwirkungen unterschätzt, ist, die islamische Welt nahm seine Besiegbarkeit mit größter Aufmerksamkeit zur Kenntnis. Das bedeutete für Dschihadisten: der „ferne Feind“ ist nicht mehr unverletzbar.

Der eigentliche Kern jenes „politischen Desasters des Westens“ (Norbert Röttgen)<sup>5</sup> ist primär weniger der Sieg der Taliban, sondern dass dessen Antiterrorstrategie als systemischer Bestandteil globaler Sicherheitspolitik der

---

<sup>1</sup> Hans-Lothar Domröse, NATO-Befehlshaber ISAF, zitiert nach: NDR Info: Das Forum Streitkräfte und Strategien, 2. November 2013; [www.ndr.de/info](http://www.ndr.de/info).

<sup>2</sup> Quelle: Website der deutschen Vertretung bei der NATO; [www.nato.diplo.de](http://www.nato.diplo.de), <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO/2009-afghanistan.html>.

<sup>3</sup> Quelle: Homepage der (Münchener-A.S.) „Sicherheitskonferenz“, [www.securityconference.de](http://www.securityconference.de).

<sup>4</sup> Papier der Wertekommission der CDU, zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 8. Sept. 2002, Nr. 36, S. 2.

<sup>5</sup> Tagesschau 24, Video: Norbert Röttgen, CDU: „Es ist ein großes außenpolitisches Versagen des Westens“, [tagesschau.de](http://tagesschau.de).

transatlantischen Allianz versagt. Aus seinem Desaster wird der Westen nicht ohne internationalen Gesichtsverlust herauskommen. Er verfehlte all seine Ziele: die afghanische Gesellschaft nach seinem Demokratieverständnis umzuformen, den islamischen Feind zu entmachten und sich in der Region militärisch dauerhaft festzusetzen – das war erstrangiges Ziel vor allem der USA.

## Genesis

Der arabische Raum, der Mittlere Osten mit Iran, Afghanistan und Pakistan sowie Teile Afrikas wurden seit dem 11. September 2001 zum ersten großen Ziel- und Vollzugsraum eines Neuorientierungsprozesses im westlichen Bündnis, von dem man heute schlussfolgern kann, dass er zu einer grundlegenden Umorientierung der internationalen Sicherheitspolitik der Transatlantischen Allianz im Sinne globaler Interventionsbereitschaft und -fähigkeit wurde. Die Antiterrostrategie diente dem als äußerlicher „Aufhänger“.

Heute, zwanzig Jahre nach jenem 11. September, befinden sich diese Europa benachbarten Regionen in einem derart instabilen Zustand, dass die Frage berechtigt ist, ob sich Europa vor seiner Haustür eine neue Konfliktsituation schafft, indem es sich immer stärker in den Gesellschafts-, Lebens- und Aktionsbereich des Islam sowie islamistischer Bewegungen hineinziehen lässt.

Dem ließe sich entgegenhalten, dieser käme ja zu uns, weshalb General Harald Kujat, 2002-2005 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, gefolgert hatte, mit „militärischem Engagement [...] dort hinzugehen, wo die Risiken ihren Ursprung haben“ und der „Globalisierung des Terrors“ mit einer Erweiterung der „geostrategischen Interessenlage der Allianz“ zu begegnen, „die weit über die frühere out-of-area-Diskussion hinausgeht: Kaukasus, Nah- und Mittelost, Mittelmeerraum, Afrika südlich der Sahara.“<sup>6</sup> Der damalige SPD-Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping postulierte „*Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Süden*“.<sup>7</sup> General a.D. Klaus Naumann, 1996-1999 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, war sich sicher, dass nicht nur „die nächste Krise kommen wird“, sondern über uns die „heraufziehenden Stürme des 21. Jahrhunderts“ herfallen, welche „keine lauen Winde sein werden“.<sup>8</sup> CDU/CSU legten 2008 ihrer „Neuen Sicherheitsstrategie für Deutschland“ transnationalen Terrorismus als „die größte Gefahr für die Sicherheit unseres Gemeinwesens“ zugrunde. Die „veränderte Bedrohungslage erfordert ein völlig neues Verständnis von Sicherheitspolitik“, welche nicht länger erlaube, „die bisherige Trennung von innerer und äußerer Sicherheit aufrechtzuerhalten.“ Sie verkoppelten bereits zu jener Zeit die Aufgabenstellung von Militäreinsätzen zum „Besiegen von Gewaltakteuren“ mit der „Entwicklung von guter Regierungsführung“ in Einsatzländern. Folglich jene „zivilmilitärische“ Orientierung, mit der der Westen in Afghanistan politisch Schiffbruch erlitt: „Das

---

<sup>6</sup> General Harald Kujat: Montagsgespräch der Rheinmetall, DeTec AG, 7.5.2005, <http://www.rheinmetall-detec.de/index.php?lang=2&fid=2987>.

<sup>7</sup> Rudolf Scharping: In der Nato gibt es nicht zu viel Amerika, sondern zu wenig Europa, ebenda, S.1 (Kursiv der Verfasser).

<sup>8</sup> General a.D. Klaus Naumann, ebenda, S. 3.

Eintreten für unsere Werte und ihre Beachtung auch beim Kampf gegen den Terrorismus ist unsere größte Stärke.“<sup>9</sup>

Der Ansatz zum Strategiewechsel in der internationalen Politik des westlichen Bündnisses findet sich also bereits Ende der 1990er Jahre, lange vor dem 11. September 2001. Erst mit Hilfe der Antiterrorstrategie konnte dieser gewollte Strategiewechsel zum System geformt werden. Als kollektive Klammer war die „islamistische Bedrohung“ allen Beteiligten recht. Sie verhalf zur Argumentationshoheit, um den Deutschen und anderen Europäern zu erklären, dass für sie die Zeit gekommen sei, Krieg wieder als unausweichliches und durchsetzbares Mittel der Politik zu akzeptieren. Mit der Gefahrenverortung „Herausforderungen aus dem Süden“, einschließlich „religiösem Fundamentalismus“, war die entscheidende Richtungs- und Strategiebestimmung gefallen. Von der breiten Bedrohungspalette, die sich in den Wirren der Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges ausbreitete, erwiesen sich der Schock des 11. September und damit verbunden Islam, Islamismus und islamistischer Terror als die geeignetsten Mittel, um das auszuräumen, was General Colin L. Powell, damals Chef der amerikanischen Joint Chiefs of Staff, als eine noch größere Bedrohung verstand: Das Fehlen eines neuen Feindbildes. „Mir gehen die Dämonen aus!“, erklärte er kurz nach dem Golfkrieg 1991, „mir fehlen die Schurken!“<sup>10</sup> Die Bush jun.-Administration schloss dieses Defizit mit der Kategorie der „Schurkenstaaten“: Libyen, Irak, Südjemen und Syrien, später auch Iran.<sup>11</sup>

## **USA-Feldzüge - keine europäische Option**

Erstmals seit Jahrzehnten amerikanischer Feldzüge scheint ein nachdenklicher US-Präsident deren inhumane Brutalität auch gegenüber dem eigenen Volk nicht länger verantworten zu wollen. Präsident Biden blätterte im Weißen Haus am 31. August 2021 eine Verlustbilanz des Kriegs in Afghanistan auf: „Das amerikanische Volk sollte dies hören: Uns kostete Afghanistan mehr als 2 Billionen Dollar. Das sind 300 Millionen Dollar pro Tag über 20 Jahre in Afghanistan – zwei Jahrzehnte lang. 300 Millionen Dollar pro Tag über zwei Jahrzehnte! Und vor allem: In Afghanistan dienten 800.000 Amerikaner.“<sup>12</sup> Als wesentlich sollte sich vor allem Bidens „Lehre“ für die amerikanische Außenpolitik erweisen, soweit diese sich realisieren ließe: „Wir müssen aus den Fehlern der Außenpolitik lernen, welche unsere Nation in den letzten zwei Jahrzehnten lenkte und deren Seite wir jetzt

<sup>9</sup> Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 6. Mai 2008, S. 3f. [https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/p80503/\\$file/CDU\\_Papier.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/p80503/$file/CDU_Papier.pdf).

<sup>10</sup> Olaf Theiler: Die NATO im Umbruch. Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Bd.26, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 2003, S. 23.

<sup>11</sup> Die Kategorie „Schurkenstaaten“ ist eine vom US-Außenministerium herausgegebene Liste von Staaten, die „wiederholt Aktionen des internationalen Terrorismus unterstützt haben“. Bei ihrer Erst-Erstellung am 29. Dezember 1979 befanden sich darauf Libyen, Irak, Südjemen und Syrien. Derzeit befinden sich folgende Staaten auf der Liste Terror unterstützender Staaten: Syrien, Iran und Nordkorea. Länder, die auf dieser Liste stehen, sind scharfen unilateralen Sanktionen unterworfen. Zwischenzeitlich standen auch Kuba und der Sudan auf der Liste. [https://de.wikipedia.org/wiki/State\\_Sponsors\\_of\\_Terrorism](https://de.wikipedia.org/wiki/State_Sponsors_of_Terrorism).

<sup>12</sup> Remarks by President Biden on the End of the War in Afghanistan, August 31, 2021, (Übersetzung A.S.), <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/08/31/remarks-by-president->

umschlagen. Bei der Entscheidung über Afghanistan geht es nicht nur um Afghanistan. *Es geht darum, eine Ära großer Militäroperationen zum Reorganisieren anderer Länder („to remake other countries“) zu beenden.“*<sup>13</sup>

Bidens Periodisierung amerikanischer Außenpolitik erfordert Präzisierung. Es war US-Präsident George Bush sen., der die friedliche Beendigung des Kalten Krieges sowie der Krise der Sowjetunion als Wegöffnungen für seinen Strategiewechsel zu einer *unipolaren* (Kursiv A.S.) Weltordnung instrumentalisierte. Eine „Ordnung“, „in welcher die USA den Rest der Welt gestalten statt auf ihn zu reagieren.“ Die amerikanischen Streitkräfte erhielten den Auftrag, die unipolare Pax Americana zu verteidigen und dafür zu sorgen, dass „in keinem Kontinent ein regionaler Hegemon die globale Führungsrolle der USA gefährdet.“<sup>14</sup> Bush jun. wiederum präsentierte als praktische Vorwärtsstrategie auf dem G-8-Gipfel von Sea Island im Juni 2004 seine „Greater Middle East“-Strategie. Er verstand sie als politische Agenda zur Umstrukturierung dieser Region durch die „Förderung von Frieden, Demokratie, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftlichen Chancen und Sicherheit.“ Den Sturz Saddam Husseins erklärte er zur Voraussetzung für die Demokratisierung des Großraums Mittlerer Osten.

Die Wahl der Mittel war und ist weiter gefächert. Entweder wurde ein gewaltsamer Regimewechsel wie in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien angestrebt, die Lenkung von Eliten vor Ort, oder, angepasst an neue Kräftekonstellationen, eine Mischtaktik zwischen beidem. So setzten die USA anfangs auf ein Doppelspiel, um den Sturz Assads zu erreichen, in dem auch die dschihadistische Karte ihren verdeckten Platz hatte. Investigative Medien wie „Infowars“ fanden heraus, dass die USA und andere NATO-Verbündete al-Qaida-Kämpfer aus Libyen bereits ab November 2011 in die türkisch-syrische Grenzregion einflogen. Darunter auch solche, die während des NATO-Libyeneinsatzes die Proxy-Bodentruppen der Allianz führten und deren Luftangriffe dirigierten.<sup>15</sup> Im Mai 2012 gab US-Verteidigungsminister Leon Panetta zu, dass al-Qaida in Syrien präsent ist.<sup>16</sup> Verantwortliche der US-Politik kalkulierten, erst mal muss Assad weg, um Irans regionale Position zu schwächen, um sich danach al-Qaida „vorzunehmen“.<sup>17</sup>

Die USA führten gegen Irak vier Kriege, obgleich „auf der Liste der Dinge, die nach dem 11. September unternommen werden sollten, sich nirgends der Krieg gegen den Irak findet“, so der hochrangige US-Politiker Richard E. Clarke. „Kein anderer Schritt Amerikas hätte al-Qaida und ihre neuen Generationen geklonter Gruppierungen mehr bei der Rekrutierung geholfen, als der nicht provozierte in ein ölfreiches arabisches Land. Keine Maßnahme hätte alle anderen positiven Taten unsererseits so völlig aufheben und die Augen und Ohren von Muslimen so fest verschließen können gegenüber unseren darauf folgenden Rufen nach

---

13 Ebenda. (Kursiv A.S.)

14 Heinz Brill: Strukturen der Weltpolitik im Wandel – Neue und alte Mächte, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Bundesministerium für Verteidigung, Wien, Heft 5/2011.

15 Vgl. Toni Carlucci: US Desparation Surfaces in Syria, Landdestroyer, August 20, 2012. <http://landdestroyer.blogspot.de/2012/08/us-desparation-surfaces-in-syria.html>.

16 Vgl. Dorothea Hahn: Erstmal muss Assad weg, in: Die Tageszeitung, 10.08.2012, <http://www.taz.de/!99365/>.

17 Ebenda.

Reformen in der Region.“ Und weiter: „In vielerlei Hinsicht ist der Irak – nicht Afghanistan – der USA 'längster Krieg'. [...] In der Praxis waren die ‚langen Kriege‘ im Irak etwa 50 Prozent länger als der ‚längste Krieg‘ in Afghanistan.“<sup>18</sup>

Anthony H. Cordesman, US-amerikanischer Sicherheitsexperte, fasste 2021 als „Erbe von fast einem halben Jahrhundert Krise und Krieg“ der USA die Erkenntnis so zusammen: „Wenn es eine gemeinsame Lektion gibt, die die USA aus praktisch jeder US-Intervention seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Kolonialzeit lernen können, dann ist es die, dass Hilfe von außen die politische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Struktur einer Nation nicht verändern kann, sie kann nur einem Land helfen, das bereit ist, sich selbst zu helfen und das seinen eigenen Veränderungsprozess anführen kann.“<sup>19</sup>

Strategieansätze wie jene Bidens und Cordesmans finden sich weder in der NATO, ihrer „Strategie 2030“, noch bei deren Vordenkern. Um gleichartige realpolitische Strategien zu entwickeln, hätte es nicht erst eines halben Jahrhunderts Krieg sowie des Debakels Afghanistan bedurft. Die neue NATO-„Strategie 2030“ hingegen will eskalieren. So postuliert sie u.a., dass „der Kampf gegen den Terrorismus nachdrücklicher als NATO-Kernaufgabe zu integrieren“ sei.<sup>20</sup> Dabei müsse sie sich „in erster Linie auf die Bedrohung durch den Terrorismus im euro-atlantischen Raum konzentrieren, einschließlich der terroristischen Bedrohungen, die von der Südflanke der NATO ausgehen.“ Die sogenannte „NATO-Südflanke“ definiert jene Strategie als „ein breites geografisches Gebiet mit Nordafrika und großen Teilen des Nahen und Mittleren Ostens bis hin zu den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und Afghanistan.“ Eine durch NATO-Generalsekretär Stoltenberg berufene und von Thomas de Maizière geleitete „Reflection Group“ trägt der Transatlantischen Allianz an, ihren geostrategischen Operationsraum substantiell auszuweiten: „Die NATO ist sich seit langem der Tatsache bewusst, dass es neben den Bedrohungen aus dem 'Osten' auch Gefahren und diffuse Risiken für die Sicherheit des Bündnisses aus dem 'Süden' gibt. Eine klare Trennung zwischen diesen beiden Flanken verliert jedoch an Bedeutung: Der Süden und der Osten sind im Hinblick auf Russland, das im Mittelmeerraum eine immer wichtigere Rolle spielt, an den Nahtstellen (und geographisch durch den westlichen Balkan) miteinander verbunden. In den nächsten zehn Jahren wird daher ein 360-Grad-Sicherheitskonzept, in welchem der Süden für die NATO an Bedeutung gewinnt, ein Muss sein.“<sup>21</sup>

*„Das System Antiterrorstrategie sieht kein Ende vor, folglich keinen Frieden“ – diese Eingangsthese sieht sich bestätigt.*

---

<sup>18</sup> Erster Nationaler Koordinator für Sicherheit, Infrastrukturschutz und Antiterrorpolitik im Weißen Haus unter den Präsidenten Clinton und George W. Bush sowie Deputy Assistant Secretary im State Department. Richard A. Clarke, *Against all Enemies*, Hoffmann und Campe, 2004, S. 320f. Es handelt sich um den Krieg zur Befreiung Kuwaits 1990-1991, die US-geführte Invasion zum Sturz Saddam Husseins 2003 und den Krieg gegen „sunnitische Extremisten“ von 2004 bis 2011. Der vierte war der Einsatz von US-Streitkräften gegen den ISIS-Protostaat und die Umwandlung Iraks in ein „Kalifat“ von 2014-2018.

<sup>19</sup> Anthony H. Cordesman: Irak. Der fehlende Schlussstein in der US-Politik am Golf, 29. April 2021, <https://www.csis.org/analysis/iraq-missing-keystone-us-policy-gulf>.

<sup>20</sup> NATO 2030, Reflection Group co-chaired by Thomas de Maizière and A. Wess Mitchell, 25 November 2020, 201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf (nato.int), S.13. (Übersetzung A.S.)

<sup>21</sup> Ebenda, S. 34.

## **Afghanistan - militärische Priorität brachte keinen Frieden**

„Tatsache ist: Wir drangen nach Afghanistan ein mit absolut keinen Kenntnissen der Psychologie seiner Bevölkerung oder der realen Verhältnisse in diesem Land“. Mit dieser selbstkritischen Sicht bemühte sich Eduard Schewardnadse, Jahre später UdSSR-Außenminister, im Januar 1987 darum, die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzuziehen.<sup>22</sup> Er fand keine Mehrheit. Die Truppenrckfhrung begann am 15. Februar 1989, gestaffelt über neun Monate.

1992 stürzten afghanische rivalisierende regionale Gruppierungen das sowjetisch gestützte Regime. Aus dem entstehenden Herrschaftsvakuum entfaltete sich ein bis 1996 ständig eskalierender Bürgerkrieg. Die Taliban eroberten bis 1996 ca. zwei Drittel des Landes sowie die Hauptstadt Kabul. Obwohl die Sowjetunion, die USA, Pakistan sowie das Kabuler Regime am 14. April 1988 in Genf ein Vertragswerk über die Konfliktregulierung unterzeichnet hatten, kam der innerafghanische Bürgerkrieg nicht zur Ruhe, weil mehrere konkurrierende Konfliktgruppen ausgeschlossen blieben. Es bildete sich eine Situation heraus, in der sich „alle Volksgruppen als anfällig für ethnische Mobilisierungskampagnen der anderen Gliedparteien der Nordallianz,<sup>23</sup> aber auch der paschtunisch dominierten Taliban erwiesen.“<sup>24</sup>

Jener Bürgerkrieg und seine Krftekonstellationen hinterließen folgende Erkenntnis: Afghanistan findet erst dann Frieden, wenn eine „demokratische Regelung der ethno-politischen Widersprüche und ihrer Kernfrage - der nach dem Verhältnis zwischen einer Zentralmacht und den anderen regionalen und nationalen Zentren - erreicht ist.“<sup>25</sup> Es ist exakt diese Erkenntnis, die das Afghanistan-Mandat 2020 des deutschen Bundestags, wie auch seine Vorläufer, vernachlässigte. Der Auftrag des Mandats<sup>26</sup> ermächtigte mit einem „integrierten, umfassenden Ansatz“ die Bundesregierung und in ihrem Auftrag in Afghanistan tätige deutsche Organisationen und Streitkräfte im Rahmen der NATO (ISAF) zur „Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung, Menschenrechten, Demokratie, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung.“ Das Mandat sieht auch vor, einen „innerafghanischen Friedensprozesses“ zu fördern, rückt diesen jedoch an die letzte Stelle, statt ihm oberste Priorität einzuräumen.

---

22 <https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB272/Doc%206%201987-01-21%20Politburo%20Session%20Afghan.pdf>.

23 Der „Nordallianz“ gehörten u.a. an das erneut rebellierende Panschirtal mit dem Gebieter Ahmad Schah Mas’ud (Jun.) sowie die Region um die wichtigste Stadt im Nordwesten Afghanistans, angrenzend an Usbekistan, Mazar-e Scharif. Als prominentester Führer gilt der usbekische General Abdurrahman Dostum, der nach der Machtübernahme der Taliban nach Usbekistan floh.

24 Citha D. Maaß, Johannes Reissner: Afghanistan und Zentralasien. Entwicklungsdynamik, Konflikte und Konfliktpotential, Teil A, SWP-S 422/A, März 1998, S. 32.

25 Brief einer Friedensinitiative von Diplomaten a.D. der Auswärtigen Ämter der DDR und der Bundesrepublik „Diplomats for Peace with the Islamic World“ an Außenminister Westerwelle vom 22. Januar 2010, Quelle: Archiv des Verfassers. In einem weiteren Schreiben von 29 deutschen Botschaftern a.D. im Februar 2005 an den damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Josep Borrel Fontelles, hieß es, dass „der überwiegende Verzicht auf politisch-diplomatische Prävention in Afghanistan selbst noch zu einer Zeit beibehalten wurde, als die Taliban als militärischer Faktor als weitgehend ausgeschaltet galten. Nach Irak führte diese Strategie auch in Afghanistan erneut in eine militärische, politische und humanitäre Katastrophe.“ (Ebenda.)

26 Deutscher Bundestag Drucksache 19/17287, 19. Wahlperiode 19.02.2020, S. 8, file:///D:/Dateien%20Arne%20ASUS/Afghanistan/Mandat%2020.pdf.

Nach zerstörerischen zwanzig Kriegsjahren, westlicherseits der NATO, sieht sich das Land neuen Bürgerkriegsgefahren ausliefert. Die Konstellationen ähneln den im historischen Exkurs skizzierten, mit wichtigen Unterschieden: Es wurde erneut ein fremdgestütztes Regime gestürzt, diesmal ein *westlich* gestütztes. Die paschtunisch dominierten Taliban haben die Macht nicht nur in Kabul ergriffen, sondern auch Territorien bis in den Bereich einer „Nordallianz“ übernommen. Wirtschaft und menschliche Versorgung liegen am Boden. Weder innere, noch äußere Seiten bemühen sich um die friedenspolitische Rehabilitation einer zutiefst geschockten Gesellschaft.

Am Horizont zeichnen sich, noch fast schattenhaft, zwei Varianten nächster Entwicklungen ab: erneut Bürgerkrieg oder innerafghanischer Friedensprozess. Dessen Sponsoren werden aus Afghanistans nördlicher und/oder östlicher Nachbarschaft kommen. Vielleicht der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit.<sup>27</sup> Machtbalancen verschieben sich weiter nach Eurasiens Osten. Europas Westen isoliert sich auf dem eigenen Kontinent.

## **Die Friedensfrage**

Die bisher verfolgte Antiterrorstrategie ist eine einseitige Politik vorrangigen Einsatzes militärischer Mittel und westlicher Interventionen in islamischen Regionen und Staaten. Es besteht kein Zweifel, dass Menschen vor Terrorismus zu schützen sind und dieser zu verurteilen ist. Wie das Afghanistan-Debakel zweifelsfrei bezeugt, scheitert der einseitig militärisch dominierte Politik-Ansatz als Instrument zur Konfliktregelung. Dieser Ansatz hat im Verhältnis der islamischen Welt zum Westen den konflikthaften Zustand, der droht, antagonistischen Charakter anzunehmen, nicht nur nicht zu beseitigen vermocht. Seiner weiteren Internationalisierung sowie einem Vordringen auf europäische Straßen muss vorgebeugt werden.

Es bedarf dafür eines komplexen Regelungsansatzes, dessen Wesen in einem grundlegenden Wandel des europäischen Verhältnisses zur islamischen Welt besteht. Gegenwärtig führt jedoch das Repertoire politischer Mittel des Systems Antiterror-Strategie an allen Kernfragen vorbei:

- An der Klärung des politischen Kerns der Bedrohung, d.h. der zu regelnden Streitfragen und somit des Inhalts des Konfliktes;
- am Finden eines entspannungsförderlichen Umgangs mit den islamistischen, gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen und
- am Auflösen der anti-westlichen Stimmungen in der islamischen Welt. Islamistische Opposition sollte verstanden werden als Teil der „grundlegenden Umgestaltungen der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der arabischen Welt“.<sup>28</sup>

---

<sup>27</sup> Derzeit hat die SOZ neun Mitglieder: China, Russland, Indien, Pakistan, Kirgistan (Kirgisistan), Tadschikistan, Usbekistan und Kasachstan; Irans Beitrittsersuchen wurde am 15.9.2021 angenommen. Beobachterstatus haben die Mongolei, Belarus (Weißrussland) und Afghanistan.

<sup>28</sup> Vgl. Volker Perthes: Der Aufstand, die arabische Revolution und ihre Folgen, Pantheon Verlag, München 2011, S. 8.



Europa sollte sich von seiner traditionellen Wahrnehmung des „politischen Islams“ als eines ausschließlich negativen Faktors, als ein „problematischer Konflikträger“, der zu Terrorismus führt, trennen. Der Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels ist das Bewusstsein, dass Stabilität in der eurasischen Region zukünftig nur durch ein gemeinsames Verständnis, das die Integrität verschiedener Kulturen und Zivilisationen akzeptiert, gewährleistet werden kann. Das bedeutet keinesfalls, dass Prinzipien aufgegeben werden müssen, sondern setzt vielmehr voraus, dass Beziehungen aufgebaut werden, die auf Kooperation und Koexistenz beruhen. Auf diesem Gebiet hat Europa reichhaltige historische Erfahrungen, die sich als wertvoll erweisen können.<sup>29</sup>

Die wohl wichtigste konzeptionelle Erkenntnis lautet: Der friedenspolitischen, zivilen Vorbeugung religiöser Radikalisierung und sich zu Terrorismus auswachsendem Extremismus ist entschieden ein größerer Platz einzuräumen. Und zwar nicht als Ergänzung oder Anhängsel zu einer militär- und sicherheitspolitischen Dimension.

4. September 2021

*(Dr. Dr. h.c. Arne C. Seifert, Botschafter a.D.; Senior Research Fellow, WeltTrends-Institut für Internationale Politik. Dr. h.c. des Orient-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften. Im Außenministerium der DDR Arbeitsbereich Arabische Staaten. Nach 1990 OSZE-Mission in Tadschikistan, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg.)*

---

<sup>29</sup> Vgl. Arne Seifert: Friedliche Koexistenz in unserer Zeit – Der neue Kalte Krieg und die Friedensfrage, Verlag WeltTrends, Potsdam 2021.